

Faschistische Bewegungen, Widerstand und Flüchtlingsschicksale in Neu-Belgien in der Zwischenkriegszeit

von Dr. Herbert Ruland

Eine Vorbemerkung:

Im folgenden wird häufig von 'Neubelgien' die Rede sein. Dies bezeichnet die als Ergebnis des Versailler Vertrages fast komplett Belgien zugesprochenen, vormals preußischen Kreise Eupen und Malmedy, wie auch das Gebiet von Neutral-Moresnet (heute: Kelmis - La Calamine), das bis zum Ende des 1. Weltkrieges zumindest völkerrechtlich unter gemeinsamer preußischer und belgischer Verwaltung gestanden hat. Populär ist auch der Begriff 'Ostkantone' für diesen Gebietsstrich. Die Ostkantone sind jedoch nicht identisch mit der heutigen, mit weitgehenden Autonomierechten ausgestatteten 'Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens'. Die aus neun Großgemeinden bestehende 'Deutschsprachige Gemeinschaft' schließt den früher als 'preußische Wallonie' bezeichneten Gebietsstrich mit der Stadt Malmedy im Mittelpunkt nicht ein.

Die Entwicklung bis 1920:

Die Entwicklung der Gebiete von Eupen, Malmedy und St. Vith weist bis 1795 kaum Berührungspunkte auf. Der Kreis Eupen war Teil des Herzogtums bzw. der Provinz Limburg der habsburgischen Niederlande. Lontzen bildete eine Enklave als reichsunmittelbare Herrlichkeit. Der spätere preußische Kreis Malmedy gehörte vormals zu Teilen zum Herzogtum Luxemburg, ebenfalls Bestandteil der südlichen Niederlande, zur Fürstabtei Stavelot-Malmedy und zu Kur-Trier. Das St. Vith Land war seit dem hohen Mittelalter Bestandteil Luxemburgs.

Erst unter französischer Herrschaft bildeten die drei Bezirke eine verwaltungsmäßige Einheit im Departement der Ourthe.

Der Wiener Kongress brachte dieses Gebiet an Preußen. Wie wenig man anbei auf Sprach- oder Volkstumsgrenzen Rücksicht nahm, belegt schon die Tatsache, dass auch die fast ausschließlich wallonischsprachige Stadt Malmedy und umliegende Dörfer zu Preußen kamen.

Das öffentliche Leben in den beiden neubelgischen Kreisen Eupen und Malmedy wurde bis zum 1. Weltkrieg nahezu monopolistisch von den Institutionen des politischen und sozialen Katholizismus bestimmt. Die Industriearbeiter waren fast ausschließlich in katholischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften organisiert. Mit überwältigender Mehrheit, die weit über 90% lag, wurden in den Wahlkreisen Eupen-Aachen Land-Burtscheid und Schleiden-Malmedy-Monjoie die Kandidaten der Zentrumsparterie in den Reichstag gewählt. Lediglich bei den Kommunalwahlen, begünstigt durch das preußische Dreiklassenwahlrecht, gelang es den Liberalen, Vertreter in die Gemeinderäte zu senden.

Von einem sozialistischen Einfluss war in der Stadt Eupen, abgesehen von einer kurzen Periode in der Endphase des Sozialistengesetzes um 1889/90 wenig zu merken. Lediglich unter der Malmedyer Arbeiterschaft hat es damals schon einige Ansätze zum organisierten Sozialismus gegeben. Auch der Eupener Arbeiter- und Soldatenrat, der sich nach dem Abzug der Deutschen Truppen Ende 1918 in 'Vollzugsrat des Kreises Eupen' umbenannte, war fast ausschließlich von christlichen Gewerkschaftern besetzt.

Die Angliederung Eupen-Malmedys an Belgien und die Volksbefragung von 1920:

Als Folge des verlorenen Krieges musste Deutschland laut Artikel 32, 33 und 34 des

Versailler Vertrages nach Volksbefragung auf die Gebiete von Eupen Malmedy und Moresnet verzichten.

Die eigentlich strategischen und wirtschaftlichen Gründe der Angliederung wurden u.a. mit einer Theorie des bedeutenden belgischen Historikers Henri Pirenne legitimiert, der von einer 'Civilisation belge' ausgegangen war, die in der Nachfolge des Burgunderreichs Karls des Kühnen stehe. Eupen-Malmedy-Moresnet als 'Cantons rédimés' kehrten damit nur zu ihrem angestammten Mutterland zurück.

Über die vom Völkerbund in Auftrag gegebene, aber unter belgischer Hoheit durchgeführte 'Volksbefragung' in den beiden Grenzkreisen ist viel geschrieben, und sie ist oft kritisiert worden. Die Abstimmung war nicht geheim, sie fand nicht unter neutraler Kontrolle statt. Eine Eintragung in Listen zugunsten Deutschlands konnte nur in den beiden Hauptorten vorgenommen werden, was gerade für die ländliche Bevölkerung mit erheblichen Anreiseschwierigkeiten verbunden war. In ihrer Angst von einer interessierten probelgischen Propaganda bestätigt, befürchteten die meisten Betroffenen, bei einer Sympathiebekundung zugunsten des Reichs aus ihrer angestammten Heimat verwiesen zu werden, ihren Besitz zu verlieren und ihr bei steigender Inflationsrate zusehends wertloser werdendes deutsches Geld nicht in belgische Franken umgetauscht zu bekommen.

Auch behielt die belgische Regierung Stillschweigen gegenüber der Bevölkerung, dass ein Referendum über die staatliche Zugehörigkeit des Gebiets überhaupt stattfand. Lange ließ man die Bevölkerung auch im Unklaren über das Ergebnis der Befragung.

Die Frage einer Rückgliederung an das Reich beschäftigte die Einwohner Eupen-Malmedys in den Jahren von 1920-1940 in erheblichem Maße, wobei jedoch lediglich einmal Mitte der zwanziger Jahre in geheimen bilateralen Kontakten zwischen Belgien und Deutschland diese Frage ernsthaft erörtert wurde.

Wie noch darzustellen sein wird, gelang es insbesondere nach 1933 den Nationalsozialisten, diese Stimmung in Neubelgien in ihrem Sinn zu instrumentalisieren und ihr unter dem Deckmantel der 'Heimattreuen Front' auch einen organisatorischen Rahmen zu geben.

Mit Übergang der staatlichen Souveränität an Belgien am 10. Januar 1920 wurde Eupen-Malmedy für die Folgejahre zunächst unter ein Sonderregime des Generals Baltia mit Sitz in Malmedy gestellt, das zahlreiche Einschränkungen für die Bewohner mit sich brachte, so etwa Pressezensur, politische Versammlungen durften nur nach vormaliger Anmeldungen von 8 Tagen unter polizeilicher Bewachung durchgeführt werden, usw.

Die Parteienlandschaft in Neu-Belgien:

Der politische Katholizismus – Sonderorganisation oder Anschluss an die Katholische Union ?

Die Rückkehrdiskussion sollte sich augenscheinlich im nach 1923 sich herausbildenden Parteiensystem und in dessen Einfluss spiegeln. Unter dem Sonderregime des Generals Baltia gab es zunächst kaum festgefügte politische Strukturen. Gerade der politische Katholizismus in Neubelgien stand vor der Frage einer Neuorientierung: nur auf die neubelgischen Kreise beschränkte politische Organisation in Anlehnung an die alte Zentrums-Partei, oder Anschluss an eine altbelgische Partei, d.h. hier die Katholische Union.

Zunächst sah es nach Gründung einer christlichen Volkspartei mit Anlehnung an die Katholische Union aus, schließlich wurden solche Pläne aber aufgegeben. Vertrauend auf die Zustimmung der katholischen Union, einen eigenen neubelgischen Kandidaten auf die Liste zu nehmen, verzichtete man auf eine Sonderkandidatur. Schließlich wurde jedoch kein Neubelgier sondern der deutschsprachige altbelgische Rechtsanwalt

Jenniges aufgestellt. Er verpasste knapp den Einzug in die Kammer. Um aber den Neubelgiern entgegenzukommen, kooptierte dann die Union den Eynattener Bürgermeister Esser in den Senat.

Die Gründung der 'Christlichen Volkspartei Eupen-Malmedy-St. Vith' (CVP):

Die kompromisslose Haltung der katholischen Union in Fragen einer Wiederholung der Volksabstimmung hatte dann 1929 doch noch zur Gründung einer 'Christlichen Volkspartei Eupen-Malmedy-St.Vith' (CVP) geführt. Sie stellte das Selbstbestimmungsrecht, das ihrer Ansicht nach nie verjährt, in den Mittelpunkt der Agitation.

Zwar war die CVP zu einer Zusammenarbeit mit der katholischen Union bereit, was jedoch von letzterer abgelehnt wurde.

Die Kammerwahlen 1929 bedeuteten für die katholische Union im Gebiet Eupen-Malmedy ein Fiasko. Ihr Stimmenanteil ging von 66,4% auf 19,4 % zurück. Die CVP erhielt auf Anhieb 52,1 % der Stimmen. Durch die Zusammenlegung des Gebietes Eupen-Malmedy mit Verviers zu einem Wahlbezirk gelang es ihr jedoch nicht, einen Kammerabgeordneten durchzubringen.

Ein solches Ergebnis konnte die altbelgischen Parteien nicht ruhen lassen.

Seitens interessierter Kreise aus dem Landesinnern war bereits 1927 das 'Grenz-Echo' (Untertitel: Katholisches Volksblatt für die neubelgischen Gebiete Eupen-Malmedy-St. Vith sowie Organ der katholischen Partei) mit der Intention gegründet worden, probelgische Kräfte in der Grenzregion publizistisch zu unterstützen und die Ansichten der Katholischen Union zu verbreiten, die ja eine Rückgliederung des Gebiets an Deutschland ablehnte

Hatte das 'Grenz-Echo' gegen die prodeutschen Presseorgane, die bis dahin nahezu monopolartig die hiesige Presselandschaft bestimmten, zunächst einen schweren Stand, so sollte sich dies schließlich mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland und dem Aufbau ihres Terrorapparates nicht unwesentlich ändern.

Die Sozialdemokratie:

Die Zeit nach 1920 sollte sich auch als günstig für den Aufbau der sozialistischen (sozialdemokratischen) Bewegung in Neubelgien erweisen.

Ihre hiesigen Vertreter machten sich das von US-Präsident Wilson im Jahr 1917 verkündete 'Selbstbestimmungsrecht der Völker' zu eigen: konkret für Neubelgien bedeutete dies ihrer Meinung nach die Abhaltung einer Volksabstimmung unter wirklich demokratischen Bedingungen, wenn man dabei auch insgeheim hoffte, die Eupen-Malmedyer würden einem Verbleib bei Belgien zustimmen.

Diese Haltung brachte der Sozialdemokratie enorme Sympathiegewinne in der Bevölkerung ein. Bei den Kammerwahlen 1925 gelang es der Partei im Gebiet Eupen-Malmedy erstaunliche 25,2% zu erzielen. Ein beachtliches Ergebnis in einer rein katholischen und weitgehend agrarisch geprägten Gegend.

1932 fiel das Ergebnis nur unwesentlich niedriger aus, was aber auch daran lag, dass Partei und Gewerkschaft hier einen absolut gemäßigten Kurs fuhren und auf die Verbreitung Beglichen Radikalismus verzichteten.

Die revisionistische - auf dem Selbstbestimmungsrecht der Neubelgier bestehende Haltung der Sozialisten - lässt sich insbesondere auch an der Person des Malmedyer Bürgermeisters Werson festmachen: Werson war aktiver Teilnehmer des Kieler Matrosenaufstandes von November 1918 gewesen. Nach der Wahl zum Bürgermeister im Jahre 1927, bei der Vereidigung auf den belgischen König hatte sich Werson ausdrücklich die Bewahrung seiner republikanischen Ideale und die Abstimmungsforderung vorbehalten.

Werson ging sogar soweit, eine Erinnerungstafel an die Amtszeit des Generals Baltia

schon kurz nach seinem Antritt, aus dem Dienstgebäude entfernen zu lassen. 1930 weigerte er sich als einziger neubelgischer Bürgermeister - dies im Gegensatz auch zu den CVP Kollegen - an einer Feier anlässlich des 100. Geburtstages Belgiens beim König teilzunehmen.

Die Sozialisten in Neu-Belgien und der Nationalsozialismus:

Klar ist, dass sich die Haltung der neubelgischen Sozialisten mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland entschieden ändern sollte.

Der Nationalsozialismus bedeutete ja zunächst die aktive Ausschaltung der Arbeiterbewegung aus dem öffentlichen und sozialen Leben. Hunderttausende von Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftern wurden verhaftet, gefoltert und zum Teil ermordet. Da konnte auch für die neubelgische Sozialdemokratie ein Anschluss an Deutschland nicht mehr in Frage kommen: Ein Ja zu Deutschland aber ein Nein zum Faschismus. Dies bedeutete in der konkreten historischen Situation, nunmehr auf die Forderung einer Wiederholung der Volksabstimmung zu verzichten: indessen für eine Verbesserung der Rechte der Deutschstämmigen im belgischen Staat einzutreten. Diese Haltung erläuterte 1938 der exponierteste Eupener Sozialist Karl Weiss dem Reporter Nico Rost wie folgt:

„Auch er ist ein Deutscher, ist in Eupen geboren. Er möchte zu Deutschland- aber niemals zum Dritten Reich. Darum verteidigt er leidenschaftlich die belgische Demokratie, und er wünscht oft, dass die belgische Regierung diesen Kampf kräftiger unterstützen, dass sie gegen die überhandnehmende Hitler-Propaganda in Eupen zweckmäßigere Maßnahmen ergreifen möge“.

CVP und Hitlerfaschismus :

Auch die CVP-Führer scheinen zunächst entsetzt gewesen zu sein über die Zustände in Deutschland nach der Machtübernahme durch die Hitlerfaschisten. Insbesondere Katholikenverfolgung und Zentrumsauflösung sorgten hier für Aufregung. Nach Abschluss des Konkordats jedoch wurde die Haltung der CVP Führer zum Dritten Reich zusehends freundlicher.

Die Anpassung der CVP an die neuen Verhältnisse in Deutschland erreichte bereits im September 1933 einen ersten Höhepunkt als deren Führer Joseph Dehottay von Hitler in Berlin empfangen wurde. Letztlich ging der Wandel so weit, dass man sogar Artikel - in der CVP-Presse lesen konnte, die Informationen über Terror und Unterdrückung im Dritten Reich lächerlich machten und sie als Greuelmärchen abtaten. Die Verhältnisse im Dritten Reich wurden als Vorbild für andere Länder hingestellt, in denen man sich nach Ruhe und Ordnung sehne.

Für die neubelgischen Sozialisten stand nunmehr fest, dass die CVP nur noch eine Filiale der NSDAP in Belgien war.

Die Gründung der 'Heimattreuen Front'

Erst nach der 'Machtergreifung' in Deutschland hatte sich in Eupen um den reichsdeutschen Arzt Dr. Paul Dohmen ein lose gefügter Kreis von überzeugten Nationalsozialisten begründet, der immerhin nach einem Jahr 150 Mitglieder vermeldete.

Aus Gründen der Konspiration nannte man sich 'Verein für Natur und Heimatkunde', dies um den belgischen Behörden keinen Grund zum Einschreiten zu geben. An der Spitze des Vereins, stand einer der glühendsten Vertreter nationalsozialistischer Ideen in Eupen, der Gärtner Josef Kerres. Der Verein wurde schließlich nach Ankauf eines Segelflugzeuges in 'Segelfliegerverein' umbenannt. Ähnliche Organisationen waren als

Ableger in Malmedy und St. Vith 'Saalschutz' und 'Bogenschützengesellschaft'. Nach außen gut getarnt, waren diese Vereine im Innern aufgebaut wie die SA im Dritten Reich.

Auch wenn es in der Führung der CVP zunächst Kräfte gegeben haben soll, die sich gegen eine enge Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten aussprachen, dies um die konservativ-reaktionären Eifler Großgrundbesitzer von Frühbuß und von Monschaw, kam es dennoch im Wahlkampf 1935 zur Gründung einer 'Heimattreuen Front' die insbesondere aus Mitgliedern und Führern der vormaligen CVP bestand, die dann auch ihre Anhänger aufforderte, die 'Heimattreue Front' zu wählen.

Einige Sozialisten, die die ablehnende Haltung ihrer Partei gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland nicht mittragen wollten, traten ebenfalls zur Heimattreuen Front über.

Dehottay war bereits zwischenzeitlich durch ein Ausbürgerungsgesetz, das in Belgien viel Wirbel verursacht hatte, nach Deutschland ausgewiesen worden.

In der Stadt Eupen, wo die CVP bisher 8 von 13 Stadtverordneten stellte, traten auch diese zur 'Heimattreuen Front' über.

Die 'Heimattreue Front' war keine eigenständige Partei, sondern vollständig von der NSDAP gleichgeschaltet und ähnlich aufgebaut, auch wenn dies natürlich nach außen anders aussah. Sie wurde von der Gauleitung in Köln kontrolliert.

Die Berichterstattung von 'Eupener Nachrichten' und 'Eupener Zeitung' zur Reichspogromnacht als Beispiel für die Gleichschaltung der 'Heimattreuen Presse' durch die Nationalsozialisten:

Wie weit die Gleichhaltung der Heimattreuen Front ihre ideologische Anpassung an das Dritte Reich ging, zeigt exemplarisch die Berichterstattung von Eupener Nachrichten und Eupener Zeitung zur Reichspogromnacht:

Vorwand für diese von der Nazi-Führung ausgelösten Pogrome, war die Ermordung des deutschen Botschaftssekretärs von Rath in Paris, die das Werk eines Einzeltäters war. Auch in den beiden Eupener Blättern kann man nachlesen, dass es nach Bekanntgabe des Todes „des durch feige jüdische Mörderhand niedergestreckten deutschen Diplomaten zu spontanen judenfeindlichen Kundgebungen im ganzen Reich“ gekommen sei und „sich dabei auch vielfach in starken antijüdischen Aktionen“ Luft gemacht habe. Auch in der Nachbarstadt Aachen sei es zu „großen judenfeindlichen Kundgebungen“ gekommen, wobei „alle Jüdischen Geschäfte vom Volk gestürmt, Schaufenster und die Inneneinrichtung zerstört“ worden seien. Ähnlich wurde über „spontane Aktionen“ in Düren, Köln und Frankfurt berichtet.

Unter der Rubrik ‚Aus aller Welt‘ und dies auch erst auf Seite 3, berichtete die "Eupener Zeitung" am 10. November 1938 über ein "Großfeuer in Aachen", bei dem die dortige Synagoge verbrannt sei. In Nichts unterscheidet sich dieser Artikel davon, wie man damals und heute über einen Fabrik- oder Lagerhallenbrand berichtet. Es fehlt jeglicher Hinweis über die Urheberschaft: „Das Ergebnis der polizeilichen Untersuchungen über die Brandursache bleibt abzuwarten“.

Die Gründung eines 'Demokratischen Heimatblocks' und der 'Vaterstädtischen Wählervereinigung' in der Stadt Eupen:

In Eupen kam es unter dem Eindruck des offensichtlichen Erfolgs der HF zur Gründung einer Einheitsfront aller antirevisionistischen, antifaschistisch-demokratischen Parteien. Dieses Bündnis, ging von der katholischen Union Belgiens über Mittelstandsgruppen, die Sozialisten bis hin zur Sektion der Kommunistischen Partei in Eupen

Neben der 'Heimattreuen Front' die von Deutschland aus gesteuert und gleichgeschaltet war, somit mehr Unterorganisation der NSDAP als eigene politische Kraft war, sollten auch altbelgische faschistische Bewegungen hier einen gewissen Einfluss gewinnen.

Die 'Rex'-Bewegung Léon Degrelles.

Konstituierung:

Zu benennen ist hier zunächst und vor allem die sogenannte 'Rex' Bewegung Leon Degrelles. Eine Bewegung, die aus der katholischen Union, der katholischen Partei also, heraus entstand.

Der politische Katholizismus in Belgien befand sich in den dreißiger Jahren in einer ernsten Krise. Die belgischen Katholiken hatten die Empörung des gesamten konservativen Europas 1830 heraufbeschworen, als sie sich mit den 'roten' Liberalen verbündeten und die Loslösung von den Niederlanden ertrotzen konnten. Die Partei wurde zu einer der staatstragenden Kräfte in Belgien. Nicht zuletzt das Zusammengehen mit den Sozialisten in der Regierung, schließlich die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auch in Belgien, wie auch der Streit zwischen Flamen und Wallonen führten in der katholischen Partei zunehmend zu Verfallserscheinungen und Spannungen.

In der Jugend der Partei machten sich starke Strömungen bemerkbar, die auf eine gründliche Erneuerung der Partei drängten. Die innerparteiliche Opposition der Jungen gruppierte sich um das 1930 in Löwen gegründete Verlagshaus 'Rex'. An der Spitze des Verlages stand der vormalige Jura-Student Léon Degrelle, geboren 1906 in Bouillon in den Ardennen.

Der Name 'Rex' sollte Programm sein: der Verlag beabsichtigte, dazu beitragen, das 'Königtum Christi' wiederherzustellen. Er gab eine Anzahl von Schriften heraus, die sich an alle Teile des Volkes richteten. Die 'Rex-Bewegung' sah zunächst ihr Hauptanliegen im Kampf gegen die Korruption, in der Aufdeckung der Zusammenhänge zwischen Finanzwelt und Politik, wobei ihr bei dieser Agitation die enormen journalistischen und rednerischen Talente Degrelles sehr von Nutzen waren. Bei der Kritik wurde durchaus auch vor der eigenen Partei, der katholischen Union, nicht halt gemacht.

1934 sprach Degrelle innerhalb eines Jahres in nicht weniger als 300 Versammlungen. Am 1. Mai 1935 hatte er im Brüsseler Cirque-Royal sogar 5.000 Zuhörer. Die Attraktivität dieser Bewegung wuchs ständig. Verschiedene Gruppen junger Katholiken schlossen sich ihr an. So etwa ein Kreis um die 'Autorité', die in der Philosophie von Charles Maurras und der 'Action Française' ihre Grundlage sah. Anhänger der 'Action démocratique', die sich auf die Gedanken von Marc Sagnier stützten, gesellten sich ebenfalls zu 'Rex'.

Der Eklat mit der Mutterpartei war vorgezeichnet:

in der Haupt-Versammlung der katholischen Partei in Courtrai 1935 leistete sich Degrelle heftige Ausfälle auch gegen führende Männer in der eigenen Partei. Die Bewegung war aber nunmehr so stark, dass sie auch außerhalb der katholischen Union bestehen konnte.

Bei den Kammerwahlen am 24. Mai 1936 gelang es 'Rex' sensationell auf Anhieb 21 von 200 Sitzen zu erlangen, dies obschon das belgische Episkopat sich geschlossen gegen diese Bewegung ausgesprochen hatte.

'Rex' sah nun sein vornehmliches Ziel in einer Eroberung der katholischen Partei und ihrer Erneuerung an Haupt und Gliedern. Dies wäre die Voraussetzung, um Belgien retten zu können.

Programmatik

Ein 'Parteiprogramm' sucht man bei 'Rex' in den Jahren 1935/36 vergeblich. Wie bei

anderen faschistischen Bewegungen auch, waren solcherlei Aussagen von 'Rex' eher eine Art Warenhauskatalog, aus dem sich jeder das, was er gerne hören wollte, selbst heraussuchen konnte.

Das Wenige, was sich damals an programmatischen Aussagen bei 'Rex' fand, war dann auch noch so biegsam gefasst, dass es jeweils den Verhältnissen angepasst werden konnte. Demnach lässt sich aber festhalten: 'Rex' erstrebte damals eine Revolution, eine 'Revolution der Geister' - die wie es in Veröffentlichungen hieß - eine 'Revolution auf christlicher Grundlage' sein sollte. Diese sollte ohne Gewalt durchgeführt werden und sich auf eine genügende Einstimmigkeit des souveränen Volkes begründen können.

Degrelle ging wohl zumindest damals noch davon aus, dass es in Belgien weniger möglich war als anderswo, Gedanken durch Terror durchzusetzen.

Losungsspruch von 'Rex' war 'das Heil des Volkes durch die Erweckung seiner Tugenden'.

Ganz im Sinne anderer faschistischer Bewegungen auch, erklärte sich 'Rex' gegen den 'Überkapitalismus' aber natürlich auch gegen den Sozialismus. Der Marxismus jeglicher Ausprägung sollte zerschlagen werden. Obwohl 'Rex' aus einer sogenannten christlichen Erneuerungsbewegung entstanden war, sprach man sich jedoch ebenfalls gegen eine 'Diktatur der Sakristei' aus, d. h. man wollte keine Beteiligung der kirchlichen Gewalt an der bürgerlichen haben. Eine Vermengung der beiden Einflussbereiche sollte nicht stattfinden. 'Rex' wollte aber der katholischen Religion die Achtung wieder verschaffen, die ihr als der vermeintlich 'größten moralischen Macht' der Welt zukäme.

Die päpstliche Autorität wurde von 'Rex' uneingeschränkt anerkannt. Die Bewegung gab sich damals noch nicht ausgesprochen antiparlamentarisch, forderte aber eine gründliche Erneuerung des Systems. Sie warf der parlamentarischen Demokratie vor, ihren Rahmen verlassen und sich angemaßt zu haben zu regieren, was aber allein Sache der ausübenden Gewalt sei. Das Parlament habe sich darauf zu beschränken, die Politik der Regierung zu beaufsichtigen sowie Steuergesetze und Haushalte zu erörtern.

Als Keimzelle des Staates sollte die 'Familie als wirklich lebendiges Wesen' anerkannt werden. Der Staat müsste dafür sorgen, dass der Familie das Existenzminimum gesichert werde. Um die Familie zu schützen, müsste die Unmoral mit allen Mitteln und auf allen Gebieten bekämpft werden.

Schwammig und wenig konkret waren auch Aussagen, wie 'Rex' den Missbrauch des Reichtums unterdrücken und die Einführung eines korporativen Regimes, das auf das gemeinsame Wohl hingerichtet sei, verwirklichen wollte. Am Ende sollte dann die Schaffung einer besseren Gesellschaft stehen.

'Rex' entfaltete rege propagandistische Aktivitäten. Gerade die Versammlungen mit Léon Degrelle erfreuten sich großer Beliebtheit: dass es dabei auch zu Auseinandersetzungen mit Sozialisten und Kommunisten kam, lag in der Natur der Sache.

Der Wahlerfolg von 'Rex' im Mai 1936 rückte Degrelle und seine Bewegung für Monate in das Licht der belgischen und europäischen Öffentlichkeit. Zusehends unverhohlener stellte er seine Sympathien für Mussolini heraus. Von den vormaligen konservativen Wurzeln wurde sich zusehends stärker abgegrenzt. Hauptanliegen war nun vor allem die 'Eliminierung des Marxismus in Belgien'.

Auftritte von 'Rex' in Eupen-Malmedy:

Auch in Eupen, Malmedy und St. Vith traten die Rexisten nach 1935 verschärft auf den Plan. Die Zeitschrift 'Rex' wurde schließlich auch in deutscher Sprache herausgegeben. Sie erschien bei der 'Fliegenden Taube' in Aubel, 1936 in 2.000 Exemplaren.

Die Leiter der Vervierser Rexisten hielten Anfang März 1936 in Malmedy eine

Versammlung ab, auf der die Wahlkampagne für Neubelgien zu den Kammerwahlen durchgesprochen wurde.

Was hatte Rex den hiesigen Einwohnern damals zu bieten? Nach den Vorstellungen der Anwesenden in Malmedy sollte die 3. Stelle der Rexistenliste mit einem neubelgischen Kandidaten besetzt werden. Auch wollte 'Rex' den 'Belgiern Deutscher Zunge' - wie man sich ausdrückte - freie Entwicklung ihrer eigenen Kultur garantieren und zwar gleichgestellt mit den anderen Sprachgruppen im Königreich. Eine Versammlung mit Degrelle in Malmedy wurde angekündigt.

Repräsentant der 'Rex-Bewegung' in St. Vith wurde der Rechtsanwalt Dr. Theisen und in Eupen ebenfalls ein Rechtsanwalt Dr. Wintgens, der dann schließlich auch ein Mandat in der Kammer erhielt.

'Heimattreue Front' und 'Rex':

Der 'Heimattreuen Front' kamen die Auftritte von 'Rex' in hiesiger Gegend alles andere als gelegen.

Neben enttäuschten Anhängern der katholischen Union erhoffte sich 'Rex' ja hier insbesondere unter den heimattreuen Wählern Anhänger für die eigene Sache. Schärfste Kritik seitens der Heimattreuen erntete die Bezeichnung der hiesigen Einwohner durch Rex als 'Belgier deutscher Zunge'. Eine Rückgabe Eupen-Malmedys an Deutschland kam damals für 'Rex' nicht in Frage. Man muss wohl sagen, dass diese Frage zu Irritationen unter den hiesigen lokalen 'Rex'-Leitern führte.

Für die 'Rex'-Führung gab es da jedoch keine Probleme: die beiden Kreise gehörten zu Belgien und da sollten sie auch bleiben. Der Revisionismus der Heimattreuen wurde vollständig abgelehnt.

Im Herbst 1938 sprach Degrelle erstmals auch in Eupen. Seine Rede wurde mit viel Jubel bedacht und 'Rex vaincra' und 'Sieg Rex' Rufe begleiteten ihn.

Katholischer Antisemitismus:

Explizit antisemitische Äußerungen habe ich bei 'Rex' in diesen Jahren zumindest noch nicht gefunden. Der 'christliche Antisemitismus' - 'die Juden haben unseren Herrn Jesus Christus an des Kreuz genagelt' - hatte aber damals in Belgien nicht nur Tradition, sondern war auch im politischen Katholizismus noch weit verbreitet, und 'Rex' war ja der radikale Sohn.

So hieß es zum Beispiel in der 'Fliegenden Taube' - dem Organ der Katholischen Union im altbelgischen deutschsprachigen Gebiet der Provinz Lüttich - die im gleichen Verlag, wie die deutsche 'Rex'-Ausgabe erschien - anlässlich der ungeheuerlichen Vorgänge in der „Reichskristallnacht“ in einem ersten Kommentar:

„Was in diesen Tagen in Deutschland an den Juden geschah und noch geschieht, ist eine Schande für das ganze Land. Millionen von Deutschen muss diese Verunehrung ihres guten Namens und die Verantwortung, die sie damit zu tragen haben, in der tiefsten Seele zuwider sein. Ihr Einfluss ist heute zweifellos verschwindend klein, und wir wissen gut genug, dass die Entrüstung des Auslandes ebenfalls keine Rolle mehr spielt. Übrigens zeigt vielleicht nichts mit brutaler Deutlichkeit als diese Vorgänge, wie erschreckend tief die europäische Menschheit gefallen ist und wie gründlich das europäische Denken seinen auch nur humanen Charakter bereits verloren hat. Man braucht deshalb das Judentum nicht von aller wirtschaftlichen und kulturellen Schuld freizusprechen und darf sogar mit der Begrenzung einer gewissen Überwucherung einverstanden sein. Was aber augenblicklich geschieht, kann nur als Unmenschlichkeit bezeichnet werden, und die Juden selbst dürfen einsehen, dass ihr viel geschmähtes Schicksal unter der christlichen Lösung dieser Frage noch geradezu ein beneidenswertes war. Man braucht, in dieser Ansicht, nur folgendes zu bedenken: Die

totalitären Länder, besonders Deutschland, machen den Juden das Leben auf ihrem Boden praktisch unmöglich und zwingen sie sogar, soweit dieselben nicht eigene Staatsbürger sind, ihr Territorium zu verlassen. Die anderen Staaten, die selbst schon für gewöhnlich überfremdet und gutenteils auch überjudet sind, verweigern ihnen meistens die Aufnahme, demnach bleibt den Juden darum nur die Wahl, auf den Mond auszuwandern oder sich abschlachten zu lassen, wenn sie nicht vorziehen Selbstmord zu begehen. Einen anderen Ausweg gibt es nicht, höchstens den des Hungertodes. Damit ist die Widernatürlichkeit der heutigen Rassentheorien und ihres grotesken Antisemitismus von selbst gebrandmarkt".

Das Blatt verurteilte das Terrorregime der Nationalsozialisten; aber selbst nach den ungeheuerlichen Ereignissen der 'Reichspogromnacht' wurde der "russische Bolschewismus als kaum schlimmer" als das Naziregime angeprangert - damit aber immerhin noch als etwas schlimmer

Die 'Légion Nationale Belge':

Diese Organisation war in Auftritt und Programm völlig auf die faschistische Bewegung Italiens ausgerichtet und damit bis zur Annäherung Hitlers und Mussolinis 1936/37 Deutschland gegenüber zumindest distanziert eingestellt.

In Eupen traten diese Leute erstmals im Februar 1934 in Erscheinung. Sie erregten nicht unerhebliches Aufsehen, als sie in brauner Hose und blauem Hemd vor den Kirchen Flugblätter verteilten. In diesem Propagandamaterial bezeichneten sie sich auch selbst offen als Faschisten. Programmatisch traten sie für eine Abschaffung der als überholt angesehenen Parteien und für die Errichtung eines korporativen Staatssystems unter Führung des Königs ein.

Zumindest im verbalen Antisemitismus übertraf die Légion schon 1934 das italienische Vorbild. In den im Februar gleichen Jahres in Eupen verteilten Flugblättern wurde an exponierter Stelle gefordert, den nach Belgien emigrierten Juden den Prozess zu machen.

Die Haltung der Légion zur Frage Eupen-Malmedy war der von 'Rex' vergleichbar: eine Rückgliederung des Gebietes an Deutschland kam nicht in Frage. Der Légion ging es nach eigener Bekundung darum, die Bewohner Eupen-Malmedys zu 'guten Belgiern' zu machen.

Nach eigener Einschätzung stand ihnen insbesondere die heimattreue- und nationalsozialistische Propaganda in den neubelgischen Gebieten gegenüber. So wurde darüber Klage geführt, das überall in Eupen deutsche Zeitungen zu haben waren und hitlerfreundliche Propaganda in diversen Schaufenster auslag.

Vor den Kammerwahlen 1936 war es der 'Légion National' tatsächlich gelungen, in einigen neubelgischen Orten Gruppen zu bilden, wie etwa in Elsenborn. Dort stand ein gewisser Unterführer Horn an ihrer Spitze, in Kelmis ein Unterführer Konsten.

Den Rückhalt, den die 'Légion Nationale', damals in Neubelgien hatte, lässt sich nicht mehr genau ermitteln. Gleich der heimattreuen Bewegung forderte sie in der Wahlbewegung 1936 ihre Anhänger auf „weiß“ zu wählen, d.h. einen unbeschrifteten Wahlzettel abzugeben.

Als Gemeinsamkeit der wallonischen faschistischen Bewegungen, die hier in Neubelgien auf Anhängerfang gingen, lässt sich also zumindest für den Vorkriegszeitraum angeben, dass diese sich vehement gegen eine Rückgliederung Eupen-Malmedys an Deutschland aussprachen, auch wenn dies bei hiesigen lokalen Rex-Führern auch schon einmal einige Verwirrung stiftete.

Flämischer Faschismus und Eupen-Malmedy

Die Ansichten des extremsten bis offenen faschistischen Flügels des flämischen

Nationalismus standen den Ansichten etwa von 'Rex' konträr gegenüber.

Nach der Vorstellung des 1931 gegründeten 'Verbond van dietsche Nationalsolidaristen' (Verdinaso), an dessen Spitze Joris van Severen stand, war das Ziel nicht den belgische Staat zu erneuern, sondern diesen ganz im Gegenteil zu Gunsten eines groß-niederländisches Reiches zu zerstören. Die These von der Volks- und Rassengemeinschaft über Staatsgrenzen hinweg, zeigte von Anfang an deutliche Affinitäten zum deutschen Nationalsozialismus. Ähnlich wie die NSDAP verfügte auch diese Bewegung über Uniformen, über eine eigene Miliz, Standarten und Musikkapellen.

1940, nach der Besetzung Belgiens durch Deutschland und dem Tode Joris van Severens schloss sich die Mehrzahl der Mitglieder der 'Verdinaso' wieder dem Flämischen Nationalverband (VNV) an, der aber nunmehr völlig auf Deutschland ausgerichtet war und Hitler als Führer aller Germanen anerkannte.

Obwohl die flämischen Nationalisten in der Zwischenkriegszeit in der Kammer für eine Rückgliederung Eupen-Malmedys an Deutschland eintraten, ist es nicht zu direkten Kontakten zwischen VNV und der 'heimatreuen'-Bewegung gekommen.

Ebenso wie die Reichsregierung darauf Wert legte, dass ihr Einfluss auf die HF nicht offensichtlich wurde, achtete man ebenfalls genau darauf, dass keinerlei Beeinflussung der flämischen Nationalisten und Faschisten durch die deutschen Stellen zu erkennen war. Das Dritte Reich wollte sich nicht der offenen Einmischung in innerbelgische Angelegenheiten beschuldigen lassen. Gab es schon keine offiziellen Beziehungen zwischen HF und flämischen Gesinnungsgenossen so doch zumindest freundschaftliche informelle Kontakte :

1938 besuchte der damals wohl bekannteste flämische Faschist Staf de Clercq das Kurhotel Bredohl in Eupen , im Volksmund 'Braunes Haus' genannt , weil dort HF nebst Unterorganisationen ihre Treffen abhielten. Er trug sich mit folgender Bemerkung in das Gästebuch ein:

„Wat bij Deutschland hoort, Moet bij Deutschland terug.“

„Was zu Deutschland gehört, muss zu Deutschland zurück.“

Ja, vom Staf de. Clercq, sagt stolz der Herr Bredohl, der mich beim Lesen überrascht, ja, der flämische Führer! Aber veröffentlichen Sie darüber um ' Gotteswillen nichts, sonst bekommt er gar noch Schwierigkeiten. Die Flamen - für Herrn Bredohl gibt es natürlich nur fascistische Flamen - "sind doch unsere besten Freunde". Wenn wir die nicht hätten, sondern nur diese dreckigen Wallonen, dann ginge es uns viel schlechter"

Staf de Clercq ist also ihr Freund? - "Ich kenne in noch nicht lange persönlich. Eines schönen Tages sah ich hier im Restaurant einen Herrn mit einem Bart sitzen, und da ich selbst einen Bart trage, machte der Mann gleich solch sympathischen Eindruck auf mich, germanisch treu und ehrlich, und zu meiner größten Freude stellte sich dann heraus, dass es Staf de Clercq war...".

Wie auch der Reporter Nico Rost 1938 in Eupen erfuhr, öffnete eine Berufung auf Staf de Clercq damals bei den 'heimatreuen' Tür und Tor

Fluchtbewegungen über die Belgisch-Deutsche Grenze 1933-1940:

Vor dem Hintergrund der hier aufgezeigten starken Präsenz der verschiedensten faschistischen Bewegungen sowie eines weit verbreiteten Antisemitismus soll nunmehr auf das Thema Flucht über die deutsch-belgische Grenze zur Zeit des Nationalsozialismus eingegangen werden.

Bereits kurz nach der faschistischen Machtübernahme in Deutschland organisierten die Eupener Sozialisten illegale Grenzübertritte für verfolgte Genossen im Dritten Reich.

Es war insbesondere Willi Weiss, der Sohn von Karl Weiss , der auf das Stichwort "Normaluhr Aachen" im Telefon, Personen im Empfang nahm, diese mit der Kleinbahn zur Grenze brachte, dann durch den Wald ging und auf belgischer Seite mit der

Kleinbahn weiterfuhr.

Eine Schwester von Willi Weiss brachte dann das Gepäck dieser Leute über die Grenze. Dies geschah aus einem Gefühl sozialistischer Internationalität heraus, Geld wurde für diese Aktionen nicht genommen. Es scheint sich hierbei nur um Aktionen während des Jahres 1933 eventuell auch noch 1934 gehandelt zu haben. Nach der Verschärfung der Bewachung der Grenzen hörten diese Aktivitäten auf, da sie von den Eupener Sozialisten als zu gefährlich eingeschätzt wurden. Andererseits nahmen nach Eupen kommende Aachener Sozialdemokraten etwa in Fahrradteilen illegal von Eupen aus sozialistische Schriften mit nach Aachen.

Die illegale jüdische Einwanderung auch nach Belgien nahm mit der sich verschärfenden Repression gegen Angehörige dieser Volksgruppe in Deutschland im Laufe der Jahre bis zum Krieg ständig zu. In der Eifel waren es vielfach Arbeiter, die beim Westwallbau beschäftigt waren, die Juden in Tankwagen versteckten und bis zum Grenzgraben brachten. Dort wurden diese von Belgiern übernommen und weitergeführt. Wichtig war es, durch die erste Grenzzone zu kommen: wer innerhalb von 5 oder 10 Km aufgegriffen wurde, wurde von der belgischen Gendarmerie zumeist ohne Pardon an die deutsche Behörde zurück überstellt. Nach Überwinden der Grenzzone, etwa in Spa - Malmedy, konnten diese Personen dagegen nicht mehr ohne weiteres zurückgeschickt werden.

Fluchthilfe geschah sowohl aus christlicher oder humanistischer Überzeugung als auch zum Geldverdienst. Flüchtlinge wurden teilweise nahezu wörtlich bis auf die Hemden ausgeplündert. Nur wenige Flüchtlinge zogen es übrigens vor, hier in den neubelgischen Gebieten zu bleiben. Dies obwohl natürlich von der Sprache her die Verständigung einfacher gewesen wäre. Aber das bereits betonte Klima in Eupen ließ ein längeres Verweilen nicht angeraten erscheinen. Viele Flüchtlinge gaben damals an, auch nicht in Belgien bleiben zu wollen, sondern möglich schnell irgendwie nach Übersee zu gelangen.

Nach der sogenannten Reichskristallnacht wurden die Zustände an der Grenze natürlich katastrophal. Es gab Menschen, die offiziell das Dritte Reich nach Genehmigung durch die deutsche Behörden und natürlich unter Zurücklassen ihres gesamten Vermögens verlassen durften. Auch sie fanden sich wie die Illegalen zumeist vor verschlossenen Grenzen wieder. Sie wurden gegen ihren Willen in die Hölle zurück geschickt, der sie gerade erst entronnen schienen, wie u.a. die 'Fliegende Taube' damals berichtete:

„Es sind ja unglaubliche Szenen, die sich an unseren Grenzen (Hollands, Belgiens, Luxemburgs, Frankreichs und der Schweiz) abwickeln. Obschon man drüben genau weiß, dass die Einreise in unsere Länder verweigert wird, schickt man die Flüchtlinge doch immer wieder zu unseren Grenzen. Unter den Flüchtlingen befinden sich Leute aller Volksklassen und jeden Alters. Ja selbst Krankheit, Gebrechen usw. bewahrt nicht vor dem harten Los dieser Ärmsten, um ihre Heimat betrogenen Menschen. Bei der Zurückweisung der Flüchtlinge spielen sich des öfteren herzerreißende Szenen ab. Die Leute wollen unter keinen Umständen zurück, da sie sich bei der Ausreise unterschriftlich verpflichten mussten, nicht mehr nach Deutschland zurückzukehren, und sie nun das Zwangslager fürchten. Die Regierungen der einzelnen Länder befassen sich mit diesem Flüchtlingsproblem“.

Über einen solchen 'Zwischenfall' hieß es im gleichen Blatt:

„Elsenborn: Von einem Zwischenfall an der deutschen-belgischen Grenze wird aus Elsenborn berichtet. Bekanntlich bildet die Eisenbahnstrecke Raeren-Kalterherberg eine belgische Enklave auf deutschem Gebiet und so kommt es, dass der Bahnhof von Monjoie auf belgischem Gebiete der Gemeinde Robertville liegt und das Stationsbüffet von einem Belgier Goffart aus Elsenborn geführt wird. Die 22-jährige Tochter des genannten Herrn, der selbst ein Lokal in Elsenborn besitzt, bewirtet das Büffet und kehrt

jeden Abend mit dem letzten Zuge nach Kalterherberg zurück. Donnerstag abend (17. 11., H. R.) beim Verlassen des Zuges wurde sie auf belgischem Gebiet von deutschen Zollbeamten festgenommen und auf deutsches Gebiet gebracht, wo sie einer gründlichen Untersuchung unterzogen wurde, da sie angeblich im Verdachte stand, jüdisches Kapital aus Deutschland herauszuschmuggeln. Man fand nur einiges belgisches Geld und etwa drei Reichsmark, so dass das Mädchen wieder freigelassen werden musste. Der Vater des Mädchens berichtete gleich den Behörden über den Vorfall, der eine schwere Grenzverletzung bedeutet, so dass eine Untersuchung eingeleitet ist."

„Gegen die jüdische Einwanderung“ - Eupen, den 15 November. Die belgische Gendarmerie hat eine neue Bewachung der deutschen Grenze in verstärktem Maße durchgeführt, um die aus Deutschland flüchtenden Juden aufzuhalten. Alle Grenzübergangsstellen sind bewacht und auch im Hinterland werden andauernd Streifen und Patrouillen eingesetzt, um eventuell solche Juden zu fangen, die trotz der Grenzbewachung durchgekommen sind. Vor einigen Tagen hat man 16 Juden aufgegriffen, die in Herbesthal wieder in einen Zug nach Deutschland gesteckt wurden. An der Grenze wurden sie sofort von deutschen Beamten mit Beschlag belegt.

Gestern kam es hierbei zu einem eigenartigen Vorfall. In Herbesthal hatte man wieder zwei Juden, die ohne Papiere über die Grenze gekommen waren, in den nach Aachen fahrenden D-Zug 165 gesetzt, um sie nach Deutschland abzuschieben. Die beiden ließen alles ruhig mit sich geschehen, da sie sich einen Plan zurecht gelegt hatten. Etwa 200 Meter vor der deutschen Grenze in Hergenrath, bei "Neu-Amerika" zogen die Juden die Notbremse und flüchteten aus dem Zug wieder auf belgischen Boden. Sie kamen aber nicht weit, da sie einer Gendarmeriestreife in die Hände fielen, diese brachte die beiden dann stehenden Fußes zur nächsten deutschen Zollstelle."

Nach einer anderen Meldung sollen die beiden jüdischen Bürger nicht von belgischen Gendarmen gefasst worden sein. Zwei deutsche Beamte hätten den Vorfall bemerkt; sie seien auf belgisches Gebiet gekommen und hätten die beiden festgenommen und unter Drohung ihrer Karabiner gezwungen, wieder über die Grenze nach Deutschland zu gehen.

Viele jüdische Menschen versuchten , auf ihrer Flucht illegal Geld und Schmuck über die deutsche Grenze ins Ausland zu bringen, um sich zumindest einen neuen bescheidenen Anfang leisten zu können. Gerade in Zugabteilen versteckt, gelang es den deutschen Nazischergen , nicht unerhebliche Mengen an Bargeld und Vermögenswerten zu entdecken die dann zu Gunsten des Dritten Reiches eingezogen wurden:

"Herbesthal. Bei näherer gründlicher Untersuchung eines Abteils erster Klasse des von Aachen nach Herbesthal abfahrenden D-Zuges, fanden die deutschen Zollbeamten, in einem Sitzpolster versteckt, 46.050 Reichsmark in Banknoten 20.580 tschechische Kronen, 175 Dollar und wertvolle Brillantschmuckstücke. Der Eigentümer konnte selbstverständlich nicht ermittelt werden. Dieser wertvolle Fund wurde beschlagnahmt".

Unglaubliche Szenen spielten sich ab , wie auch das 'Grenz-Echo' zu berichten wusste: Die Deutschen entdeckten im Straßengraben versteckte Juden, die dann festgenommen wurden.

Menschen, die beim heimlichen Grenzübertritt ergriffen wurden, versuchten es wieder und wurden wiederum abgeschoben. Um nicht noch mal den Nazibehörden übergeben zu werden , nahmen sogar Flüchtlinge Verbrechen auf sich, die sie angeblich in Belgien begangen hatten, um dort bleiben zu können.

Im November 1938 griff die Gendarmerie in Raeren fünf jüdische Bürger aus Deutschland auf, die keinerlei Barmittel bei sich hatten und die man seitens der Deutschen einfach über die Grenze abgeschoben hatte; auch sie wurden zurückgeschickt. Es schien sogar System dahinter zu stecken, dass die deutschen Behörden absolut mittellose Juden zur Grenze führten und sie dort ihrem Schicksal überließen.

Wie Stückgut wurden sie dann hin und her geschoben.

Ebenfalls Ende November fand eine Gendarmeriestreife einen 27-jährigen jüdischen Flüchtling in völlig erschöpftem Zustand mit eiternder Kopfwunde im Straßengraben bei Raeren liegen. Er hatte bereits einen Selbstmordversuch unternommen, um seinem schrecklichen Leiden ein Ende zu machen.

So ging das Woche für Woche weiter:

etwa kurz vor Sylvester 1938 wurden alleine in einer Nacht bei Elsenborn 35 Juden beim illegalen Grenzübertritt von der Gendarmerie erwischt und wieder zurückgeschickt.

Menschen irrten unter Aufbringung des letzten Bargeldes im Grenzland hin und her und fanden oft keine Stelle wo sie die Grenze überschreiten konnten.

Oft waren erhebliche Geldsummen im Spiel, die teilweise dubiosen Gestalten übergeben wurden, die vorgaben den Grenzübertritt zu organisieren. So hat sich z.B. ein 'Judentreiber' aus Moresnet - so nannte man diejenigen, die aus Erwerbsgründen Menschen über die Grenze brachten - von Flüchtlingen 940 Reichsmark auszahlen lassen.

Es scheint Gang und Gäbe gewesen zu sein, aus dem Elend der Menschen ein Geschäft zu machen. Geldsummen um die 1.000 Mark pro Flüchtling waren wohl keine Seltenheit .

In einem Fall fragte sich ein Autobesitzer aus Manderfeld 1.500 belgische Franken von einem Juden um diesen über die Grenze zu bringen. Ein andermal waren es 800 Reichsmark.

Steht das Geldverdienen an verfolgten und verängstigten Menschen schon außerhalb jeder humanistischen Kategorie, so war menschlich noch erbärmlicher und erniedrigender, dass die Nazibehörden nicht nur in Deutschland ertappte Fluchthelfer sondern auch Flüchtlinge, die zurückgeschickt wurden, wegen Pass- und Devisenvergehens vor Gericht stellten und dann zu erheblichen Strafen verurteilten: d.h. jemand der versuchte, sich in Sicherheit zu bringen und dabei aufgegriffen wurde, wurde dann auch noch bestraft, dass er Geld aus seinem persönlichem Besitz bei sich hatte um die erste Zeit überleben zu können!

Ein weiteres trauriges Kapitel ist das Schicksal jüdischer Kinder, die ohne ihre Eltern über die Grenze geschoben wurden. Zwar hatte Belgien bereits Mitte November 1938 versprochen, jüdische Kinder aufzunehmen, aber noch im Januar 1939 wurden fünf jüdische Kinder, die mit einem Zug aus Aachen auf dem Bahnhof in Herbesthal angekommen waren, nach einer Speisung entsprechend den von oben ergangenen Weisungen wieder über die Grenze zurückgeschickt.

Begründung für diesen Akt seitens der belgischen Regierung war die Vermutung, dass man die Kinder nur verschickte, damit die Eltern nachkommen konnten. Schließlich gestattete dann der Justizminister die Einreise von 200 jüdischen Kindern. Dies ging ebenfalls über Herbesthal.

Epilog:

Mit diesem 8. Mai 1945 hört auch in den Ostkantonen die Geschichte nicht auf.

Gleichzeitig mit den Amerikanern rückte hier die belgische 'Armée blanche' (Weiße Armee) ein. Wurde ihr Kern zwar von Widerstandskämpfern und belgischen Patrioten gebildet, so schwammen doch auch auf der Siegerseite - gelinde gesagt - zwielichtige Elemente mit, denen es unter dem Vorwand der Entnazifizierung und Zerschlagung deutschen Einflusses nicht zuletzt um die Begleichung privater Rechnungen und Rachegelüste ging.

Über die Ostkantone kam in den Folgejahren ein neues strenges Regiment: so mancher Eupen-Malmedyer, gerade erst aus alliierter Gefangenschaft entlassen, fand sich schon bald in belgischen Haft wieder. Teilweise willkürliche Verhaftungen

auch von Frauen und Jugendlichen gehörten zum hiesigen Alltag. Nahezu jeder dritte damalige Einwohner der Ostkantone kam vor Gericht .

Auch diese Ereignisse werfen ihre Schatten auf die Gegenwart und bedürfen der vorbehaltlosen Aufklärung!

Anzumerken bleibt aber auch , wie in den Westzonen und der späteren Bundesrepublik mit ehemals fahrenden 'Heimattreuen' aus Eupen-Malmedy und hier tätigen Parteibonzen aus dem 'Altreich' umgegangen wurde:

Eine Entnazifizierung, die diesem Wort auch gerecht geworden wäre, hat es im Westen Deutschlands - im Gegensatz zur Sowjetzone etwa nicht gegeben.

Im nach 1945 einsetzenden 'Kalten Krieg' ging es gerade den Amerikanern schon bald darum, sich der Spitzen der deutschen Wehrmacht und Wirtschaft in ihrer Strategie der Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses in Europa zu bedienen. Eine umfangreiche Entnazifizierung verbot sich daher beinahe von selbst. Selbst rechtskräftig verurteilte Kriegsverbrecher wurden teilweise schon bald wieder auf freien Fuß gesetzt.

Zur Gewinnung der westdeutschen Bevölkerungsmehrheit für die amerikanischen Kreuzzugspläne gegen den Osten - wobei der von Goebbels ständig geschürte und bei den Menschen immer noch latent vorhandene Antikommunismus wertvolle Dienste leistete - wurden Nachforschungen auf Nazi-Vergangenheit nicht aufgenommen oder wieder eingestellt. Die 'Weißwäscherei', die Ausstellung von „Persilscheinen“ war an der Tagesordnung.

'Heimattreue' Agitatoren aus Eupen-Malmedy, die sich aus Angst vor Verfolgung nicht mehr nach Belgien zurücktrauten und teilweise auch in Abwesenheit verurteilt wurden, wie auch die hier tätigen reichsdeutschen Beamten, wurden von den westdeutschen Behörden nicht zur Verantwortung gezogen: stattdessen wurden sie als Kämpfer für das Deutschtum herausgestellt und auch entsprechend 'ehrentvoll', behandelt.

Nicht nur die Mitgliedschaft in der 'Heimattreuen Front', sondern etwa auch die am 10. Mai 1940 z.B. von 'Segelfliegerverein' und Kyffhäuserbund in Eupen vorgenommenen 'Sicherungsmaßnahmen' worunter u.a. die Verhaftung von demokratisch gesinnten und probelgischen Bürgern zu verstehen ist, von denen viele gequält wurden oder sogar ihr Leben lassen mussten - wurden auch noch nach 1945 als positiv im Sinn der deutschen Sache herausgestellt. Eupen-Malmedyer, die nach Verbüßung ihrer Haftstrafe in Belgien, nach Westdeutschland übersiedelten , wurde bedeutet, dass ihnen hier nichts drohe: die BRD-Staatsbürgerschaft wurde automatisch verliehen.

Viele ehemalige Neubelgier, die es vorzogen, nach dem Krieg nicht in ihre Heimat zurückzukehren, leben auch heute noch unbeschadet in der Bundesrepublik und machten dort teilweise erstaunliche Karrieren.